

gepreßt würden, um den Armen und Schwachen, den Kriegskämpfern und den Arbeitslosen zu helfen, sei gurklich auf die großen Ereignisse und ihre Auswirkungen, die wir nachträglich nicht zu beeinflussen vermögen. Über ein anderer Teil entspringt ebenso stürziger Feuer, die sowohl auf politischem und administrativem wie auf wirtschaftlichem Gebiet gemacht worden seien. Deutschland befindet sich mitten in einer wirtschaftlichen Umwälzung.

Zwei Systeme kämpfen um ihre Zukunft, das kapitalistische und das sozialistische. Das Verhalten des Volkes habe gezeigt, daß es in seiner überwiegenden Mehrheit gewillt sei, auf der bisherigen Grundlage weiterzubauen, daß es gefonnene sei, auch dafür Opfer zu bringen. Der Ruf nach Reformen sei groß, und er dürfe auch nicht ungehört verhallen. Doch müsse man vor dem Glauben warnen, daß durch eine

Reform des Verhältnisses von Reich, Ländern und Gemeinden

zueinander allein schon diejenigen Einschränkungen und Ersparnisse eintreten würden, die notwendig seien, die öffentlichen Lasten auf ein tragbares Maß zurückzuschrauben. Es komme darauf an, die Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden richtig zu verteilen und die finanziellen Folgerungen zu ziehen, um die oft leerlaufende Verwaltungsmaschine zu entlasten. Das Fundament, welches die Weimarer Verfassung dem deutschen Volke gegeben hat, ist durchaus gesund und tragfähig, und der Ansturm dagegen wird in der späteren Geschichte einmal als eine Episode gewürdigt werden. Die Grundgedanken müssen bleiben, wenn auch die Konstruktion im einzelnen der Abänderung bedarf, schon deswegen, um alle politischen Kräfte, statt sie in partikularen Gegenständen zu vergeuden, in der Verteilung des Reiches zusammenzufassen. Es könne sich nur darum handeln,

mit vorübergehenden Eingriffen eine Grundlage für eine neue Ära der Selbstverwaltung in Stadt und Land vorzubereiten,

feinesfalls aber darum, eine völlige Beherrschung der Kommunen durch die Obrigkeit herbeizuführen. Der Einzelne müsse an die Spitze einer politisch-wirtschaftlichen Betätigung den Gedanken an das Reich und an das deutsche Volk stellen. Erst dann, wenn die Notwendigkeit, den Staat zu verteidigen, die überwiegenden Schichten des Volkes beherrsche, würden wir im wahren Sinne des Wortes eine Nation sein. Das Gefüge des Staates beruhe auf der Qualität der Bürger, und wenn der Staat über gute und tüchtige Bürger verfüge, werde er ein gesunder, leistungsfähiger und freier Staat

werden, weil die Unabhängigkeit noch außen abhängig sei von der Ordnung im Innern.

Der Minister schloß: Mit dem Freiherrn vom Stein sind wir stolz auf unser Volk und seine, wenn auch oft tragische, so doch glänzende Geschichte, und wir verbinden am heutigen Tage, an dem wir die Verfassung von Weimar feiern, mit der Achtung vor der Vergangenheit den Glauben an Deutschlands Zukunft."

Im Anschluß an die Aussführungen des Finanzministers wurde die Hymne „Säemann Deutschland“ vorgetragen.

Darauf ergriß

der Reichskanzler

das Wort. Auch er erinnerte an die Berühmtheit des Freiherrn vom Stein, der Wegbereiter deutscher Einheit und Freiheit gewesen sei. Der Führer zum Volksstaat sei uns gerade in diesen Zeiten des Duselns und Garrens, des Handels und Gestaltens aufrichtendes und mahnenches Beispiel. So wie seine freiheitlichen Reformen die politischen und moralischen Kräfte der Nationen zu stärkster Opferwirkung ansaßen, so sollte und müsse die in der Reichsverfassung gegebene Freiheit und Unabhängigkeit allen ein Appell sein, in bewußtem und diszipliniertem Wollen sich der Bürgerpflichten zu erinnern, die diesen Bürgerrechten entsprechen. Auf die Zeit der Not, in die Steins Schaffen gefallen sei, sei der Aufstieg erfolgt. So sollte auch jetzt jeden Deutschen die Zuversicht erfüllen auf eine bessere Zukunft und auf den Weideraufstieg unseres Vaterlandes. Der Kanzler schloß: In diesem Sinne bitte ich Sie, Herr Reichspräsident, und Sie, meine Damen und Herren, mit mit einzutreten in den Ruf „Das in der Republik ge-eine deutsche Volk, es lebe hoch!“

Nach der Feier begab sich Reichspräsident von Hindenburg, begleitet von Reichswehrminister Gröner und seinem Adjutanten, Oberstleutnant von Hindenburg, und den Mitgliedern der Reichsregierung sowie zahlreichen Parlamentarier durch die mit Wappen und Flaggen der Länder geschmückte Kuppelhalle des Reichstages über die große Freitreppe zum Platz der Republik, von den vielen Tausenden von Bürgern mit stürmischen Hochrufen begrüßt. Unter den Klängen des Präsentiermarsches und des Deutschlandliedes schritt der Reichspräsident in Begleitung des Wehrministers und des Stabkommandanten die Front der Ehrenkompanie ab. Nach dem Abschreiten der Front verabschiedete sich der Reichspräsident, bestieg seinen Kraftwagen und fuhr unter Hochrufen, Lieder- und Hüteschwenken des Publikums nach dem Reichspräsidentenpalais zurück.

Berfassung und Polizei

Ansprache des Polizeipräsidenten über die Polizei beamtenmorde und die Aufgaben der Volkspolizei

Berlin, 11. August. Die Berliner Polizei hielte heute vormittag im Lustgarten eine Verfassungsfeier ab, an der auch der preußische Ministerpräsident Dr. H. c. Braun teilnahm. Bei der Feier hielt Polizeipräsident Grzesinski eine Ansprache, in der er unter Hinweis auf die Not der Zeit u. a. folgendes ausführte: Es ist nötig, daran zu erinnern, daß wir schon einmal eine Verfassungsfeier begangen haben, bei der die Not das deutsche Volk bedrückte und verwirrte. Das war die Verfassungsfeier im Jahre 1923, die unter derart chaotischen Umständen stattfand, daß sie in seiner Weise mit der heutigen Krise verglichen werden könnte. Damals hing das Schicksal der Republik und mit ihr das Schicksal des deutschen Volkes nur noch an einem ganz dünnen Faden. Dennoch gelang es in überraschend kurzer Zeit, der furchterlichen Erschütterungen in Wirtschaft und Politik durch Wahrung der öffentlichen Disziplin, Geduld, festen Willen und klares Wollen wieder Herr zu werden.

Sollte, was damals gelang, heute unmöglich sein? Man mag im Augenblick die Dinge so düster sehen, wie man will, eines steht auf jeden Fall fest, daß, wenn man hier überhaupt vergleichen kann, die heutige Lage Deutschlands trotz aller Not doch besser und weitwacker hoffnungsvoller ist als damals. Eine feste staatliche Gewalt aber ist gerade jetzt besonders vordringlich, da sie allein imstande ist, die Regelung der verworrenen Verhältnisse sicherzustellen. Hier beginnt die Aufgabe der Polizei. Nicht, daß ich der Meinung wäre, daß wirtschaftliche und soziale Fragen durch die Polizei gelöst werden müßten oder könnten, aber der Staat kann nicht handeln, seine vielfach ins Leben der Nation eingreifenden Gejeze und Verordnungen nicht durchführen ohne eine starke, geschlossene Gendarmerie, die sich mit Leib und Leben für die Kraft und Sicherheit des Staates einsetzt. Ich darf mit Stolz sagen, daß die Berliner Polizei vom ersten bis zum letzten Beamten ihre Aufgabe nie anders aufgefaßt hat. So wahr die Republik heute wie gestern die einzige Möglichkeit darstellt, Deutschlands staatliche Existenz in den wiederholten furchterlichen Erschütterungen der Nachkriegszeit zu sichern, so wahr ist es, daß die preußische und die Berliner Polizei durch ihre aufopferungsvolle, hingebungsvolle Arbeit Staat und

Volk immer wieder in den Stunden höchster Not vor dem Hineinfallen in den Abgrund bewahrt haben. Ich weiß, was in den letzten Monaten im Berliner Polizeipräsidium gelebt wurde, und ich wollte nur, daß ganz Berlin mit mir begriff, was es der hingebungsvollen Arbeit seiner Polizeibeamenschaft zu danken hat. Der Polizeibeamte steht heute leider auch auf einem Gefahrenposten. Neuerdings scheint sogar der gemeine Meuchelmord politisches Kampfmittel geworden zu sein. Hier auf der Straße jedenfalls und im Dienst haben schon viele Beamte die „Siebe“ dieser Kreise mit ihrem Leben bezahlen müssen. Das Grab des Wachtmeisters Bänkert ist gestern von seinen Mörfern gerächt worden. Schlimmeres und Verärgerungswürdigeres ist hier in Berlin, und ich glaube auch in Deutschland, noch nicht passiert.

Die Teilnehmer an der Feier erhielten darauf das Andenken der Toten durch eine Minute ehrenvollen Schweigens. Präsident Grzesinski fuhr dann fort: Das kommende Jahr wird sicherlich noch höhere Anforderungen an uns alle stellen. Wehr denn je ist es unserer Aufgabe, den Gesetzen und Geboten der verfassungsmäßigen Regierung und dem Staat selbst Gehorsam, seinen Symbolen Achtung zu verschaffen. Dabei haben wir aber auch die Pflicht, das Volk mit seinen Nöten zu begreifen und für seine Klagen Verständnis aufzubringen. Die Nachkriegspolizei ist eine Polizeipolizei und soll es bleiben. So sehr ich aber verständige Einsicht und Besonnenheit von allen Beamten immer wieder verlange, so sehr ist harte Entschlossenheit und Mülltichtlosigkeit in der Abwehr dann selbstverständlich, wenn es zum Angriff auf die Beamten, zur offenen Auflehnung gegen die Gesetze oder gar gegen die Verfassung kommt. Wir alle wissen, welche hohe Aufgabe es ist, diesem Volke und Staat zu dienen, und wissen, daß der Polizeibeamte eine harte und doch helle Aufgabe hat, wenn er diesem Volke und seinem Staat ein treuer Hörer und Schützer ist. Der Polizeipräsident schloß mit einem Hoch auf die deutsche Republik und die Farben Schwarz-Rot-Gold. Die eindrucksvolle Feier endete mit der Übergabe einer neuen Standarte in den Reichs- und preußischen Farben an die Schupolizei und einem Borealmarsch der Polizeitruppe.

Die Mordhölle der Kommunisten

Berlin, 11. August. In der vergangenen Nacht brachten die Kommunisten in Weihensee auf den Straßen und an den Häusern Inschriften an, die offen zum Mord an dem Führer des zuständigen Polizeikreises, Oberleutnant Beder, aufforderten. An der Schule in Weihensee, in der Friedrich- und Rödelstraße, war in großen Lettern mit roter Farbe auf den Gehbahn folgendes aufgemalt: „Oberleutnant Beder, stell Deine Uhr. R. S. B. (Kontrollkämpferfund) ist Dir auf der Spur. Hüte jeden erschossenen Arbeiter zwei Offiziere der Schupo. R. S. B. ist tot.“

Ein Schieber will zwei mit Pistolen bewaffnete Kommunisten bei der Verteilung dieser Inschrift gefangen haben. Er hat sofort Meldung beim Revier erstattet, daß die Inschrift beseitigen ließ. In der Streustraße in Weihensee und auch an einer zweiten Stelle waren die Häuser bemalt mit: „Oberleutnant Beder wird erschossen vom R. S. B.“ In der Rehberg-Straße in Charlottenburg war an einem Baum ein Zettel politischen Inhalts angebracht worden, der nachher von Beamten entfernt wurde. Darauf befand sich an derselben Stelle ein Zettel mit folgender Inschrift: „Erlaubst Du mir noch einmal, grüner Junge, Zettel abzureißen, folgt Du Deinen Gefüngniskumpfen Anlauf und

Autarkie

-& Ein wirtschaftlicher Begriff für einen seit dem Beginn nationaler Wirtschaften hart umstrittenen vorhandenen oder erstrebenen Zustand. Dem Namen weniger bekannt, droht er sich ihm in den letzten aufgeregteten Wochen immer wieder auf. Er bedeutet, um es kurz zu sagen, das Gegenteil der freien Weltwirtschaft, die Absperrung vom Weltmarkt und die Verschließung auf die eigene Wirtschaft. Man begnügt sich mit dem, was die eigene Wirtschaft hervorbringt, kauft nur die Waren des eigenen Landes, selbst wenn diese teurer und schlechter sind als die des Auslands, läßt fremde Waren durch Errichtung hoher Zollmauern überhaupt nicht ins Land herein und sperrt sich vollkommen gegen die übrigen Wirtschaften ab.

Die starke Verschlechterung der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft ist gewiß ein ständiger Unruhefaktor, der fernwirkt auf jede wirtschaftspolitische Maßnahme der mit uns in wirtschaftlichen Beziehungen stehenden Länder reagiert. Würden wir auf jeden Export und Import verzichten, wären wir vor diesen Siedlungen — wenn wir einmal absieben von den Reparationsverpflichtungen — sicher. Wir wären „unabhängig“. Das ist das Ideal, das auch heute wieder manche Interessenten und Ideologen sich selber und anderen vorstellen. Nur, wenn wir uns völlig auf uns selbst stützen, würden wir unsere Eigenart, die durch offene Grenzen stärkstens wirtschaftlich wirkt, voll entfalten und uns so auch wirtschaftlich wieder hochbringen können. Das kürzlich erschienene Buch von Fried „Das Ende des Kapitalismus“, der Autarkie fordert den abgeschlossenen Wirtschaftsraum Mitteleuropas (Deutschland, Österreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien) fordert, glaubt darüber hinaus lediglich auf diesem Wege von den Reparationsverpflichtungen frei zu kommen.

Das hört sich alles sehr schön an und birgt auch einen gesunden Kern in sich, daß wir unsere nationale Wirtschaft weitgehend stärken und kräftigen müssen, aber nicht indem wir uns vom Weltmarkt abschließen, sondern ihn durch Qualitätsarbeit für uns erobern. Dafür haben wir dabei nicht so beschaulich leben können wie bei einer selbstgenügsamen Umgeschlossenheit, verstehen sich von selbst. Über bei der Selbstgenügsamkeit einer voll durchgeföhrten Autarkie würden wir bei unserer viel zu schmalen Grundlagebasis — der Krieg hätte das zur Genüge bewiesen haben — trotz aller Einschränkungen wahrscheinlich verhungern. Mindestens 13 Millionen Deutsche leben heute vom Export. Sie wären vom Arbeitsmarkt ausgeschaltet und müßten mit ernährt werden. Auf wertvolle Rohstoffe, die aus dem Auslande kommen und bei uns zu Fertigwaren verarbeitet werden, müßten wir verzichten. Dadurch würde nicht nur unser Lebensstandard herabgedrückt, sondern es würden wieder eine ganze Anzahl Rohstoffarbeiter arbeitslos. Ein großer Teil unserer Bevölkerung müßte auswandern, und auch die Umgangssprachen müßten sich sehr, sehr klein zeigen, die Einkommen würden noch spärlicher, der Lebensstandard also tiefer unter das heutige Niveau gesenkt. Gerade die Arbeiterschaft hätte bei einer Autarkie alles zu verlieren. Sozialversicherung und Arbeitsrecht würden zu einem historischen Begriff werden. Selbst die Kreise wie die Landwirtschaft, die zunächst bei der Autarkie gewinnen würden, da sie bei einer völligen Abschaltung gegen ausländische Konkurrenz und die dadurch bedingte Verknappung der Ware im Innern ihre Preise diktieren könnten, würden bei der allgemeinen Verarmung in Mitleidenschaft gezogen. Die „Selbsthilfe der Landwirtschaft“, die in einem Aufrufe des Landbundes proklamiert wird, zeigt uns, was das Volk von einer Autarkie zu erwarten hat. Nach der völligen Abschaltung der Volksverehrung vom Weltmarkt soll nur eine vom Landbund festgelegte Menge deutscher Getreides dem Markt zugeführt werden, und zwar zu „Mindestpreisen“, die der Landbund angibt. Also Nationierung zum Zwecke ständiger Preissteigerung. Man stellt sich vor in einer Welt sinkender Ohne, die ganz automatisch eine starke Senfung aller Preise fordert, soll unser Volk nicht verhungern. Über man sieht, wohin der Weg derer führt, die von der Autarkie Gewinne für sich selber erhoffen. Gewiß in der Landbund nicht die Vertretung der Landwirtschaft. Hinter ihm stehen lediglich die ostelbischen Großjunker, die von den Besitzern der Rittergüter an, immer noch die große Masse des Volkes als willkommenes Ausbeutungsobjekt betrachtet haben. Über sie haben heute schon einen starken Einfluß und fühlen sich so selbstsicher, daß sie jede Konzeption der Regierung an ihre Unerschöpflichkeit mit irgendeiner Unverschämtheit beantworten. Sollten sie ans Ruder kommen, würden sie ihre Wünsche unmöglich realisieren. Dann wäre das Volk auf die Stufe der Feudalgesellschaft zurückgeworfen, die Stein vor hundert Jahren erst aufgehoben hat. Dann erst wäre der Traum der Feudalherren von ehemals ganz erfüllt.

Das Volk mag höllisch aufpassen, daß es sich nicht in eine solche Rechtlosigkeit hineintröhren läßt. Darum sollte es jedes Siebzehn mit einer Autarkie, die man so schön mit „nationaler Selbsthilfe“ umschreibt, aufgeben.

Bend nach. (Unterschrift: Barteigense Grzesinski, im Auftrag: Börgelebel.) Nach Entfernung dieses Zettels wurde wieder ein Zettel politischen Inhalts und ein weiterer angebracht, auf dem die Photographien der ermordeten Polizeioffiziere Bend und Anlauf aufgeklebt waren und die Worte standen: „Bend - Husaren-Ede, Anlauf - Schweinsbude, Proletarien vom Bismarck-Platz, die ihren Tod durch

eigenes Ver-
erfolgt zum
mit ... (B)

Wied

der Rüstungs-
munisten wa-
ren, Demonstra-
tionsstra-
ße unter
aus mehreren
aus der gesell-
und wurde so
besetzt und w
wieder herge-
Berlin

Süden Berlin

politischen Du-
bteil der Rüst-
verdächtig fest-
auch eine Pe-
Schreiber de-

in der Rüstig-
lenhaus über-

Rösin

das Reichsbau-
feier veranstal-
Störungswor-
gleitenden Pe-
liegenden In-
so daß der Ju-
Allerdings we-
Gummimuppen
von der Sch-
stanten verle-
Eine Reihe vo-
sionalen vorle-

Gemeinsam

Basel

Kreditlage in

möglich eröff-
Deutschland a-

nen, besonder-

zwischen deut-
Stillhaltefond

Augenblick zu

Depeschenagen

Telegraphisch n

im Weißeln de

Ausschluß wür-

heiten die Ro-

zeitig würden

ermöglichen, ei-

Verschuldung

sehen, daß für

Vertreter der C

Wahrung

reits in Basel

Gläubiger De-

den englischen

schweizerischen

werden durch

Delegierten ge-

wird wahrschei-

Sanieren

Berlin

Deutschen Stä-

Sitzung ab, in

meinen vorde-

aus dem Präsi-

germeister Dr.

Königsberg un-

begab sich dar-

beitung, um mit

Maßnahmen zu

sonders durch

meindefinzen-

Besprechungen

tages am Don-

Sparrprogramm

Rechts

Berlin,

bereit erklärt, b-

ates über die g-